

Volkshilfe Sozialbarometer

Ergebnisse der FORESIGHT-Umfrage zum
Thema „Pflege“

Wien, April 2026

Hinweise zur Studie

Für den Volkshilfe Sozialbarometer führt FORESIGHT mehrmals jährlich eine repräsentative Befragung zu aktuellen sozialpolitischen Themen durch.

Die vorliegende Studie zum Thema „Pflege“ beruht auf 1.003 face-to-face Interviews österreichweit mit Personen ab 15 Jahren (Feldzeit von 25.2.2026 bis 7.4.2026).

Die Daten wurden gewichtet nach Alter, Geschlecht, Region, Wohnortgröße, Bildung, Personen im Haushalt und Berufstätigkeit. Somit entstehen aus diesen Daten repräsentative Aussagen über die österreichische Bevölkerung.

Die maximale Schwankungsbreite für die dargestellten Ergebnisse liegt bei +/- 3,1%.

Ergebnisse

Die repräsentative Befragung zum Thema Pflege in Österreich im März 2026 ergab folgendes Ergebnis.

Mehrheit äußert Sorge über zukünftigen Pflegebedarf

Mehr als die Hälfte der Befragten (55%) blickt mit Sorge in die Zukunft, wenn sie an den zukünftigen eigenen Pflegebedarf oder den eines:r Angehörigen denken (siehe Abbildung 1). Besonders verbreitet sind Sorgen über den zukünftigen Pflegebedarf bei Menschen mit einem geringen Haushaltseinkommen bis 1.750€ (74%) und bei älteren Befragten in der Altersgruppe ab 65 Jahre (70%), wohingegen sich Menschen mit einem höheren Haushaltseinkommen ab 3.501€ (54%) und jüngere Menschen bis 29 Jahre (43%) weniger besorgt äußern. Eine höhere Betroffenheit zeigt sich außerdem bei Befragten mit Lehrabschluss (68%). Umgekehrt äußern sich Befragte mit Matura (46%) oder mit einem tertiären Bildungsabschluss (53%) seltener besorgt.

Mehrzahl der Befragten sieht Handlungsbedarf im Pflegebereich und äußert Sorge um Sozialstaat

Analog zu den Ergebnissen des Sozialbarometers Pflege im Jahr 2024¹ sehen auch im Jahr 2026 zwei Drittel der Befragten (67%)² verstärkten Handlungsbedarf seitens der Politik, um die Qualität und die Leistbarkeit der Pflege in Österreich auch in Zukunft sicherzustellen. Umgekehrt äußert nur etwas mehr als ein Fünftel der Befragten (22%) die Ansicht, dass die Regierung in Österreich derzeit genug tut, damit in Zukunft eine gute und leistbare Pflege für alle Menschen gewährleistet ist (siehe Abbildung 1). Im Zeitverlauf zeigt sich eine Zunahme der Kritik in der jüngeren Vergangenheit: Im Jahr 2021 lag der Anteil jener, die die Maßnahmen der Regierung als nicht ausreichend bewerteten noch bei 63 Prozent.³

Die negative Einschätzung der aktuellen Pflegepolitik zeigt sich quer durch alle Alters- und Einkommensgruppen. Besonders kritisch äußern sich Menschen mit Lehrabschluss oder mittlerer Schulbildung: Jeweils mehr als acht

¹ https://www.volkshilfe.at/wp-content/uploads/2024/06/Sozialbarometer_Pflege_2024.pdf

² In der folgenden Darstellung werden die Kategorien „ja“ und „eher ja“ sowie „nein“ und „eher nein“ zusammengefasst.

³ https://www.volkshilfe.at/wp-content/uploads/2024/06/Sozialbarometer_Pflege_2024.pdf

von zehn Befragten (81% bzw. 82) stufen die Aktivitäten von politischer Seite zur Sicherstellung von Leistung und Qualität der Pflege in der Zukunft als unzureichend ein. Außerdem beurteilen Befragte aus Ost- und Westösterreich (79% bzw. 76% Ablehnung) die Maßnahmen der Regierung im Pflegebereich skeptischer als jene in Südösterreich (67% Ablehnung).

Vor dem Hintergrund des Sparkurses der aktuellen Regierung äußern außerdem mehr als zwei Drittel der Befragten (71%) Sorge um den österreichischen Sozialstaat im Allgemeinen (siehe Abbildung 1). Besonders verbreitet ist die Sorge erneut unter den Befragten mit einem geringen Haushaltseinkommen bis 1.750€ (82%) und bei älteren Befragten in der Altersgruppe ab 65 Jahre (82%), wohingegen sich Menschen mit einem höheren Haushaltseinkommen ab 3.501€ (70%) und jüngere Menschen bis 29 Jahre (69%) vergleichsweise weniger besorgt äußern. Eine höhere Betroffenheit zeigt sich außerdem bei Befragten mit Lehrabschluss (86%) oder mittlerer Schulbildung (80%). Umgekehrt äußern sich Befragte mit Matura (67%) oder mit einem tertiären Bildungsabschluss (63%) seltener besorgt.

Überwältigende Mehrheit wünscht sich österreichweite Vereinheitlichung des Pflege- und Betreuungsangebots

Mehr als acht von zehn Befragten (82%) befürworten eine österreichweite Vereinheitlichung des Pflege- und Betreuungsangebots, anstelle der derzeitigen Regelung, die eine ungleiche Verteilung im Zugang zu Pflegeleistungen je nach Wohnort vorsieht (siehe Abbildung 1). Dieser Wunsch zeigt sich quer durch alle Altersgruppen und Bildungsschichten. Besonders häufig wird er mit mehr als neun von zehn Befragten von Menschen in Südösterreich (95%) sowie von jenen mit höherem Einkommen ab 3.501€ (94%) geäußert.

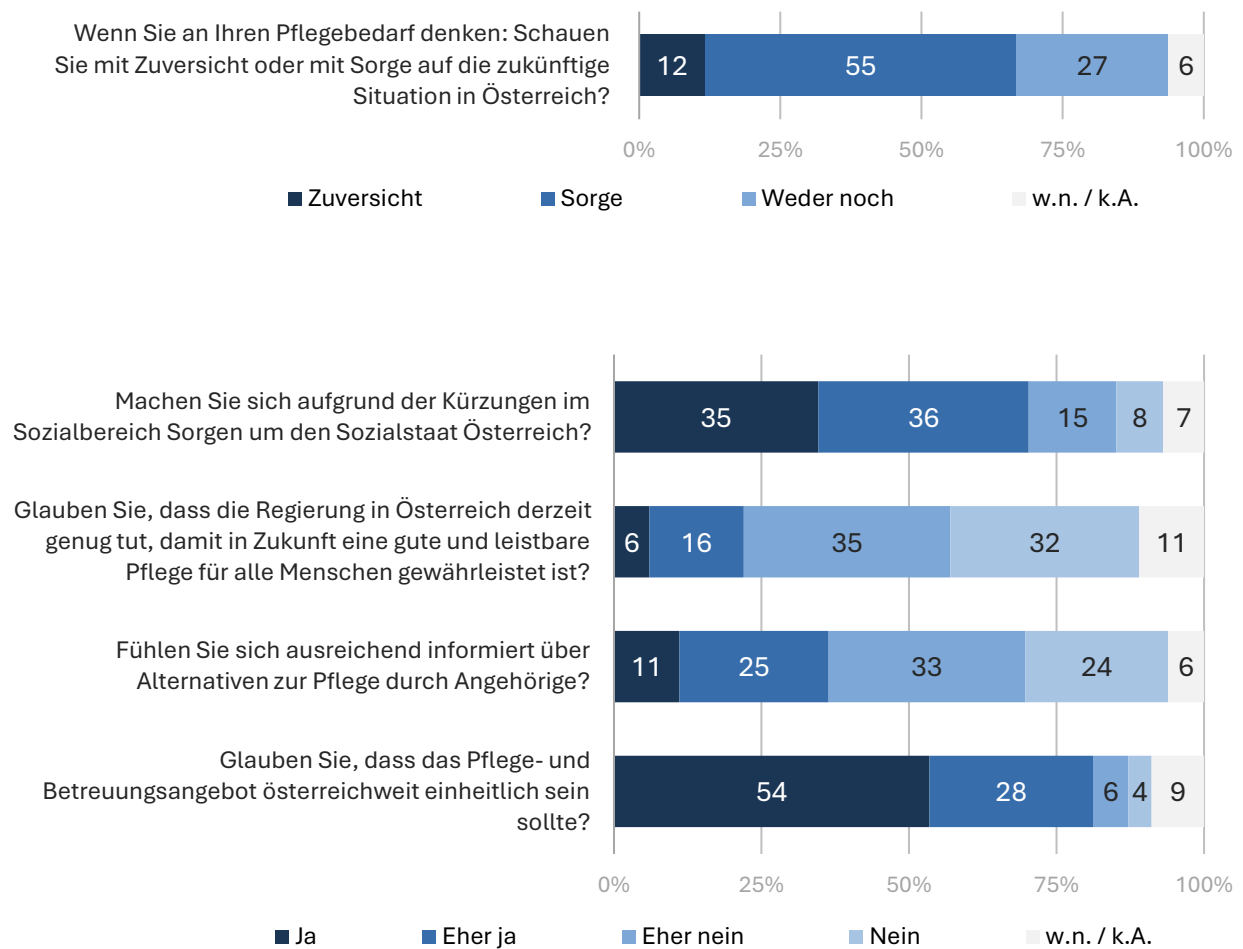
Minderheit fühlt sich ausreichend über Alternativen zur Pflege durch Angehörige informiert

Wie bereits im Jahr 2025⁴ fühlt sich auch im Jahr 2026 nur eine Minderheit von 36 Prozent der Befragten ausreichend über Alternativen zur Pflege durch Angehörige informiert (siehe Abbildung 1). Besonders hoch ist der Informationsbedarf bei Menschen in der jüngsten Altersgruppe bis 29 Jahre sowie bei Befragten aus Ostösterreich: hier fühlt sich nur jeweils etwa ein Fünftel (20% bzw. 21%) der Befragten ausreichend informiert, wohingegen sich ältere Gruppen ab 45 Jahren (49%; ab 65 Jahren: 52%) sowie Befragte aus Süd- und

⁴ <https://www.volkshilfe.at/wp-content/uploads/2025/05/Volkshilfe-Sozialbarometer-Pflege-2025.pdf>

Westösterreich häufiger als ausreichend informiert einstufen (48% bzw. 52%). Außerdem sehen sich Befragte mit einem Pflichtschulabschluss (32%) sowie Männer (33%) vergleichsweise seltener ausreichend informiert als jene mit mittlerem Schulabschluss (48% oder tertiärer Bildung (46%) und Frauen (43%).

Abbildung 1: Aussagen zum Thema Pflege⁵



⁵ Geringfügige Abweichungen von Sollwerten (z.B. 99 % oder 101 % statt 100 %) sind auf Rundungseffekte zurückzuführen.

Fragen im Wortlaut

- Wenn Sie an Ihren Pflegebedarf oder den Ihrer Angehörigen denken: Schauen Sie eher mit Zuversicht oder eher mit Sorge auf die zukünftige Situation in Österreich?
- Der Sparkurs der aktuellen Regierung betrifft auch den Sozialbereich: Machen Sie sich aufgrund der Kürzungen Sorgen um den Sozialstaat Österreich?
- Glauben Sie, dass die Regierung in Österreich derzeit genug tut, damit in Zukunft eine gute und leistbare Pflege für alle Menschen gewährleistet ist?
- Fühlen Sie sich ausreichend informiert über Alternativen zur Pflege durch Angehörige?
- In Österreich entscheidet derzeit der Wohnort darüber, welche Pflegeangebote man in Anspruch nehmen kann und welche nicht. Die Versorgung ist also ungleich verteilt. Glauben Sie, dass das Pflege- und Betreuungsangebot österreichweit einheitlich sein sollte?